

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	17
Einführung.....	23
A. Fragestellungen der Arbeit.....	23
... „kein Markt wie jeder andere“	23
... grenzenloses Surfen	24
... die Grundformel: Glücksspiel = Spiel um Geld	25
... Idee mit Zukunft.....	26
... noch vieles offen	27
B. Aufbau der Untersuchung	28
I. Teil 1: Skizzierung des Rechtsrahmens.....	29
II. Teil 2: Anwendbarkeit deutschen Straf- und Verwaltungsrechts auf Internetglücksspiele.....	29
III. Teil 3: Der Abbruch der Zahlungsströme.....	30
IV. Teil 4: Vereinbarkeit der Ermächtigungsnorm für Zahlungssperren mit Verfassungs- und Unionsrecht.....	31
V. Teil 5: Die welthandelsrechtliche Perspektive	31
VI. Schlussbetrachtung.....	31
1. Teil: Skizzierung des Rechtsrahmens.....	33
A. Glücksspielbegriff.....	34
I. Überwiegende Zufallsabhängigkeit.....	35
II. Gewinnerwartung	36
III. Einsatz bzw. Entgelt	37
IV. Öffentlichkeit	38
B. Begriffsklärung: Veranstaltung von Glücksspielen im Internet	39
I. Inhaltliche Reichweite des Internetverbotes.....	39
II. Irrelevanz des Interneteneinsatzes bei Ereignis	41
C. Glücksspielformen im Internet.....	42
I. Lotterien	43
II. Sportwetten	43

III. Poker	45
IV. Casinospiele	46
V. Neuere Spielformen im Internet	48
D. Ergebnis zu den Abschnitten A bis C.....	48
E. Einbettung der Regelungen zu Onlineglücksspielen in den Rechts- rahmen.....	48
I. Vorwiegend dualistische Struktur des deutschen Glücksspielrechts	49
1. Bundesrechtlich normierte Glücksspielformen.....	50
2. Landesrechtliche Kompetenzbereiche	51
II. Fortschreibung des Monopols für Lotterien und Sportwetten unter dem GlüStV 2008.....	53
III. Regelungsgehalt des GlüStV 2008 unter Berücksichtigung des Oddset-Urteils	55
1. Zielsetzungen des GlüStV 2008	55
2. Wichtige Neuerungen im GlüStV 2008.....	57
IV. Die Schicksalsentscheidung <i>Carmen Media Group Ltd.</i>	58
V. Ausblick: Neuregelung ab 2012.....	61
1. Der 15-Länder-Entwurf (GlüÄndStV-E 04/2011).....	62
a) Sportwettensektor: zögerliche Liberalisierung.....	62
b) „Wiedereröffnung“ der Internetsparte.....	63
c) Weitere Kernregelungen: Internetsperren und hohe Abgabenlast	64
d) Kohärenzbestrebungen durch Regelungen für Spielhallen und Pferdewetten	65
2. Der Gegenentwurf Schleswig-Holsteins.....	66
3. Inkrafttreten des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags (GlüÄndStV 2012) zum 01. Juli 2012	69
a) Ergänzung: Künftig einheitliche „Marschroute“ aller 16 Länder	69
b) Stellungnahme der EU-Kommission zum GlüÄndStV-E	70
VI. Vorgaben des höherrangigen Rechts für Internetglücksspiele in Deutschland.....	73
1. Entscheidung des BVerwG zu Onlineverbot	73
2. Grundrechtliche und -freiheitliche Gewährleistungen für Internetglücksspiele	75
a) Verfassungsrecht.....	75
b) Unionsrecht	76
3. Rechtfertigungsmaßstab für Internetverbot	78
a) Grundlegende Aussagen zum Prüfungsrahmen	78

b)	Zwingende Allgemeininteressen im Onlineglücksspielsektor ...	79
aa)	Generelle Zielsetzungen des GlüStV 2008 unter Berücksichtigung des Oddset-Urteils	79
bb)	Gemeinwohlziele bei Glücksspielbeschränkungen nach EuGH	81
cc)	Ausschluss fiskalischer Interessen nach Verfassungs- und Unionsrecht	82
dd)	Besonderes Gefährdungspotential von Internetglücksspielen aus Sicht des deutschen Gesetzgebers, des BVerfG und des EuGH	84
4.	Kontroverse zu Verhältnismäßigkeit des Internetverbots nach § 4 Abs. 4 GlüStV 2008.....	86
a)	Von Beginn an Uneinigkeit über Geeignetheit	86
aa)	Positive Bewertung durch BVerfG und BVerwG	86
bb)	Ablehnende Haltung der Kommission gegenüber Internetverbot	86
cc)	Positive Haltung des EuGH	88
dd)	Zwischenergebnis: Weiter Gestaltungsspielraum und einige Bedenken	89
b)	Diskussion um Erforderlichkeit und Angemessenheit	90
aa)	Bejahung von Erforderlichkeit und Angemessenheit durch BVerfG und BVerwG	90
bb)	Alternativvorschläge der EU-Kommission und deren Bewertung durch den EuGH	91
5.	Fazit: Lockerung des Internetverbotes ab 2012	94
2. Teil:	Anwendbarkeit deutschen Straf- und Verwaltungsrechts auf Internetglücksspiele	97
A.	§ 284 StGB als traditionelle Kernregelung des deutschen Glücksspielrechts.....	98
I.	Grundlagen des Internationalen Strafrechts	99
II.	Handlungsort.....	100
1.	Bestimmung des Handlungsortes	101
2.	Rechtsprechung zu ausländischen Glücksspielangeboten	102
3.	Gesetzgeber zu ausländischen Glücksspielangeboten	103
4.	Bedenken gegen das weite Verständnis des Handlungsortes.....	104
5.	Lösungsweg: Internetspezifische Bestimmung des Handlungsortes?	105
6.	Zwischenergebnis	107

III. Erfolgsort	107
1. Erfolgsort bei der sog. Auschwitzlüge im Internet	108
2. Erfolgskriterium und Begründungsansatz des BGH	109
3. Mehrdeutige Auslegung des Erfolgskriteriums	110
a) Wortlaut und Historie	110
b) Systematische Argumente	111
aa) § 306 a Abs. 1 Nr. 1 StGB (Schwere Brandstiftung)	111
bb) § 13 StGB (Unterlassen) und § 78 a S. 2 StGB (Verjährung)	112
c) Zwischenergebnis	112
4. BGH: Keine generelle Aussage zu abstrakten Gefährdungs- delikten?	113
5. Erfolgsort bei § 284 StGB?	114
IV. Sonderweg: Tathandlungserfolg	115
V. Zusammenführung der bisherigen Ergebnisse zu Handlungs- und Erfolgsort	117
VI. Notwendigkeit einschränkender Kriterien	118
1. Weitreichende Strafverfolgungspflicht	118
2. Völkerrechtlich legitimierender Anknüpfungspunkt	120
3. Einschränkung der Strafanwendung bei Onlineglücksspielen	121
a) Begrenzung in Anlehnung an § 7 StGB	122
b) Finales Interesse: Gezielte Ausrichtung auf deutsches Recht ..	123
c) Objektive Kriterien für die Anwendung deutschen Strafrechts (Sprache, Währung etc.)	123
4. Zwischenergebnis: Unzureichender Aussagewert objektiver Kriterien	126
VII. Ansätze zur Neuausrichtung des Glücksspielangebotes im Internet	126
1. Erfordernis einer konkreten Gefährdung oder Verletzung	127
2. Technische Mindestanforderungen für Internetveranstalter	128
VIII. Fazit: Notwendigkeit gesetzlicher Neufassung	131
B. Die Anwendbarkeit des Öffentlichen Rechts	132
I. Fehlen genereller Kollisionsnormen im Öffentlichen Recht	133
II. Relevante Normen des Glücksspielrechts	133
III. Andere Wertung durch Gewerberecht?	134
IV. Notwendigkeit völkerrechtskonformer Einschränkung	136
C. Ergebnis	137

3. Teil: Der Abbruch der Zahlungsströme.....	139
A. Die US-Strategie als Vorbild	140
I. Gesetzgeberischer Hintergrund	140
II. Grundlage: Verbot der Zahlungsannahme.....	142
III. Einbezug der Zahlungsdienstleister.....	144
IV. Blockieren unerlaubter Kreditkartentransaktionen.....	146
1. Charge Card als Untersuchungsgegenstand.....	147
2. Leistungsbeziehungen im Kreditkartenverfahren	148
a) Dreigliedriges Grundmodell der Kreditkartenzahlung.....	149
b) Einbezug der wichtigsten Beteiligten in das arbeitsteilige Kreditkartenverfahren	151
3. Ungehinderter Ablauf einer Kreditkartentransaktion	153
4. Zurückweisung der Autorisierungsanfrage.....	154
a) Nutzung der versandten Informationen.....	154
b) Ablehnung der Autorisierung.....	156
aa) Vorarbeiten.....	156
bb) Ablauf	156
5. Problem „Overblocking“ und Lösungsansatz	158
6. Weitere Vorgaben für Kreditkarten	159
V. Vorgaben für die anderen Zahlungsverfahren	159
1. Ausbau der „Know-Your-Customer“-Strategie.....	160
2. Weitere optionale Maßnahmen.....	161
a) Vertragsstrafen.....	162
b) Überwachung des Internets.....	162
c) „Schwarze Liste“	163
3. Begrenzung des Verpflichtetenkreises.....	164
a) Allgemeine Grenzen der Mitwirkungspflicht	164
b) Grenzüberschreitender Zahlungsverkehr	164
VI. Praxisrelevanz des UIGEA: Strafverfahren und vorsichtige Liberalisierungsansätze	166
1. Einschneidende behördliche Maßnahmen seit Inkrafttreten des UIGEA	167
2. Der vorläufige Höhepunkt: „Black Friday“	168
a) Kernpunkte des Verfahrens.....	169
b) Zur Last gelegte kriminelle Strategie.....	170
c) Hintergrund des Verfahrens	171
d) Konsequenzen des „Black Friday“ für die betroffenen Unternehmen.....	172
3. Liberalisierungstendenzen auch in den USA	173
VII. Zusammenfassung und Bewertung	174

B. Umsetzung in Deutschland	174
I. „Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute“ als Adressaten	176
1. Auslegung der Begriffe „Kredit- und Finanzdienstleistungs- institut“	176
2. Hausbanken als Kreditinstitute	178
3. Kreditkartengeschäft als Aufgabe der Finanzdienstleistungs- institute	179
a) Ausgabe von Kreditkarten	180
b) Verwalten von Kreditkarten.....	180
c) Rechtliche Qualifizierung aus anderem Grund	182
4. Erste Bewertung	182
5. Überlegungen zur Anwendbarkeit der Vorschrift auf ausländische Verfügungsadressaten	183
a) Institute mit Sitz in EU-Mitgliedstaaten.....	183
b) Außereuropäische Institute	184
6. Unsicherheiten und Anpassungsbedarf nach Novellierung des Finanzaufsichtsrechts.....	185
a) Kartenherausgeber	186
b) Hausbank	187
c) Akquirierungsunternehmen.....	187
d) Kreditkartenorganisation.....	188
e) Prozessorunternehmen	188
7. Adressatenkreis: Zusammenfassung und Änderungsvorschlag	189
II. Störereigenschaft der Adressaten und ermessensfehlerfreie Auswahl	190
1. Normtext und Äußerungen des Gesetzgebers.....	191
a) Äußerung des Gesetzgebers zu einer Beihilfestrafbarkeit.....	191
b) Gesetzgeber zu abgestuften Verantwortlichkeiten bei Internetprovidern.....	193
2. Heranziehung des polizeirechtlichen Verantwortungsgefüges für Zahlungsdienstleister	194
3. Individuelle Verantwortlichkeit der Kredit- und Finanz- dienstleistungsinstitute.....	196
– Zwischenergebnis zu 3.....	197
4. Gegenprobe 1: Kein Widerspruch zur wettbewerbsrechtlichen Einstufung.....	197
5. Gegenprobe 2: Mitwirkung an Geldwäscheaktivitäten.....	198
6. Verantwortliche: Zusammenfassung und Änderungsvorschlag.....	201
III. „zuständige Behörde“ – länderübergreifender Ansatz	202
IV. „im Einzelfall“ – Rechtsform der Strategie.....	204

V.	Weitere mögliche Regelungsaspekte.....	205
1.	Vorschläge für weitere Maßnahmen.....	205
2.	Einbezug weiterer Zahlungsverfahren	207
3.	„an Auszahlungen“ – Berücksichtigung des Auszahlungsvorgangs	209
4.	Umgang mit sog. Overblocking.....	210
5.	Freistellungsregelung	211
VI.	Neue Rechtslage für Ermächtigungsnorm gegen Zahlungsanbieter... 212	
1.	Genereller Anpassungsbedarf.....	212
2.	Adressatenkreis als Unterschied zwischen GlüÄndStV-E und schleswig-holsteinischem GlüSpG	213
3.	Störerqualität	214
4.	Pflicht zur vorherigen Bekanntgabe	215
a)	Bekanntgabe unerlaubter Glücksspielangebote	216
b)	Änderungsvorschlag	217
VII.	Fazit zu Normentwürfen	218
VIII.	Ermächtigungsnorm in finaler Version des GlüÄndStV 2012.....	219
4. Teil:	Vereinbarkeit der Ermächtigungsnorm für Zahlungssperren mit Verfassungs- und Unionsrecht.....	221
A.	Einschlägige höherrangige Gewährleistungen	221
I.	Verfassungsrechtliche Gewährleistungen	221
1.	Berufsfreiheit gem. Art. 12 Abs. 1 GG.....	222
2.	Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG.....	222
II.	Unionsrechtliche Gewährleistungen	224
1.	Sonderrolle der Zahlungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	225
2.	Begriffsklärung durch Rechtsprechung	226
a)	Zahlungsverkehrsfreiheit	226
b)	Kapitalverkehrsfreiheit	227
3.	Einordnung des Geldtransfers in der Valutalebene	228
a)	Einordnung durch die EU-Kommission.....	228
b)	Kapitalverkehrsfreiheit in der Valutalebene	229
c)	Entscheidung für Zahlungsverkehrsfreiheit	231
4.	Einordnung der anderen Leistungsbeziehungen bei der Zahlungsabwicklung	232
a)	Umsetzung des Zahlungsverbotes.....	233
b)	Internes Verhältnis der beteiligten Unternehmen	234
c)	Berücksichtigung des Auszahlungsvorgangs.....	234
d)	Sonderfall: Sperrkontenregelung	235
e)	Zusammenfassung zu 4.....	235

B. Eingriff/Beschränkung	236
I. Eingriff durch Zahlungssperren	236
II. Ausscheiden fern liegender Beeinträchtigungen	238
C. Rechtfertigungsebene	240
I. Verfassungsrechtlicher Maßstab	240
II. Unionsrechtlicher Maßstab	241
1. Keine Anwendung geschriebener Rechtfertigungsgründe	241
a) Rechtsbruchklausel	242
aa) Aufsicht über Finanzinstitute	242
bb) Verständnis als Generalklausel	244
b) Meldeverfahren	245
c) Schutz der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit	245
d) Ergebnis zu 1.	246
2. Einheitliche Prüfung ungeschriebener Rechtfertigungsgründe	246
III. Verhältnismäßigkeit nach Verfassungs- und Unionsrecht	248
1. Geeignetheit	249
2. Erforderlichkeit	252
a) Einbezug aller Dienstleistungssparten	253
b) Einbezug des umfassenden Adressatenkreises nach § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 GlüStV 2008	253
c) Erforderlichkeit ausgewählter Einzelmaßnahmen	254
3. Angemessenheit	256
4. Fazit	257
5. Teil: Die welthandelsrechtliche Perspektive	259
A. Rechtliche Behandlung von Internetglücksspielen	260
I. Grundlagen des Streitbeilegungsverfahrens	261
II. Entscheidungsrelevante Vorgaben des Dienstleistungsabkommens	264
1. Erbringungsmodalitäten	265
2. Die Verpflichtungen	267
a) Die allgemeinen Verpflichtungen	267
b) Die spezifischen Verpflichtungen (Marktzugang)	268
aa) Grundlagen	269
bb) Die spezifischen Länderlisten	270
cc) Das Klassifikationsschema	271
dd) Die Einordnung des Glücksspielsektors	272
3. Totalverbot für ausländische Internetglücksspiele	273
a) Verbotstatbestände in Bundesgesetzen	274
b) Ausklammerung von Maßnahmen gegen Konsumenten	275
4. Der allgemeine Beschränkungsvorbehalt (Art. XIV GATS)	277

a) Heranziehung des Art. XIV a GATS	278
aa) Verfolgte Ziele als Anwendungsfall des Art. XIV a GATS	278
bb) Erforderlichkeit	280
(1) Prozess des <i>weighing</i> und <i>balancing</i>	281
(2) Gefahrenpotential von Internetglücksspielen	281
cc) Ergebnis zu a)	283
b) Heranziehung des Art. XIV c GATS	283
c) Voraussetzungen des Chapeau (Einführungsklausel)	283
III. Die Rechtsfolgenreise	284
IV. Bericht der EU-Kommission zu Handelsbarrieren der USA gg. EU-Anbieter	287
V. Stellungnahme und Ausblick	290
VI. Übertragung der Ergebnisse auf die Europäische Union	290
1. Kompetenz zum Eingehen von Verpflichtungen	291
2. Unmittelbare Geltung des WTO-Rechts	293
3. Stand der spezifischen Verpflichtungen der EU	295
4. Konsequenzen für zukünftige Marktöffnungsbestrebungen	296
5. Allgemeine Verpflichtungen	297
6. Anwendbarkeit von WTO-Recht im internen Verhältnis der EU-Mitglieder	298
7. Sachverhalte mit Bezug zu Nicht-EU-Mitgliedstaaten	299
8. Ergebnis zu VI.	300
B. Die welthandelsrechtliche Behandlung des Zahlungsverkehrs	300
I. Begriff der Finanzdienstleistungen	301
II. Liberalisierungsstand	302
III. Zweifel an Vorliegen einer Maßnahme nach Art. XVI Abs. 2 GATS ..	303
IV. Rechtfertigungsmöglichkeiten	305
V. Ergebnis zu B.	305
Schlussbetrachtung	307
Literaturverzeichnis	313